

den Mißbrauch von Macht, politischen Verfolgungen und Mißhandlungen von Gefangenen besitzt¹.

Aufgrund von Bestrebungen insbesondere auch der BRD-Sektion wurde 1976 vom Internationalen Rat der Beschluß gefaßt², auf Ersuchen von und in Absprache mit einer Nationalen Sektion dieser mehr Verantwortung bei der Festlegung von Maßnahmen des Vorgehens gegen Verletzungen von Menschenrechten im eigenen Lande zu übertragen. Damit war der BRD-Sektion die Möglichkeit gegeben, ausgehend von der "gesamtdeutschen" Anmaßung, sich mehr denn je mit ihrem Wirken in die inneren Angelegenheiten der DDR einzumischen. Seitdem ist entsprechend der vorliegenden politisch-operativen Erkenntnisse ein zunehmendes Engagement der BRD-Sektion der "Amnesty International" für die Durchsetzung der imperialistischen Menschenrechtskonzeption festzustellen, indem sie unter anderem die Zusammenarbeit mit den genannten Feindorganisationen intensiviert, von Angriffen gegen die DDR im Zusammenhang mit der Betreuung eines einzelnen "politischen Häftlings" zu globalen Angriffen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung gemeinsam mit anderen Feindorganisationen und Massenmedien der BRD durch Hetze und Verleumdung überging und die Zentrale der "Amnesty International" in London durch die Übersendung gemeinsam mit den Feindorganisationen erstellter Materialien ("Ermittlungsergebnisse") über angebliche Menschenrechtsverletzungen in der DDR stärker inspirierte, die DDR in der internationalen Öffentlichkeit zu diskreditieren und zu verleumden.

Zur Durchsetzung der subversiven Ziele arbeiten die Feindorganisationen und -einrichtungen eng mit den imperialistischen Massenmedien zusammen, von denen Angriffe gegen den Untersuchungshaftvollzug vor allem in Form der politisch-ideologischen Diversion realisiert werden.

1 "Dokumentation Amnesty International", Band I, S. 72/73
zitiert nach "Informations", Kopenhagen vom 4. 9. 1974

2 "Dokumentation Amnesty International", Band I nach Amnesty International, Handbuch für Gruppenarbeit